

Änderungsanträge zum Leitantrag

Ä 1

Ergänzung einfügen Zeile 24, nach „...neoliberaler Politik“:

Antragssteller: Aram Ali (KV Hannover, LAG Betrieb und Gewerkschaft), Marianne Esders (KV Lüneburg), Thomas Goes (KV Göttingen), Dennis Olsen (KV Hannover, LAG Betrieb und Gewerkschaft), Lisa Zumbrock (KV Göttingen)

Wichtige politische Weichenstellungen wurden versäumt. Niedersachsen ist auch ein Auto-Land. Von der Automobilindustrie, vom Endhersteller VW über Zulieferer und Stahlindustrie, hängen direkt und indirekt 340.000 Arbeitsplätze ab. Dieser industrielle Bereich ist aufgrund des Umbaus der Wertschöpfungsketten, der durch den Einstieg in die E-Mobilität ausgelöst wird, in einem tiefen Umbruch. Unter anderem, weil Teile nicht mehr hergestellt werden, die für den Verbrennermotor gebraucht werden, werden Arbeitsplätze verloren gehen. Für einen ökologisch nachhaltigen, aber auch sozial fairen Umbau der niedersächsischen Automobilindustrie brauchen wir eine ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik. Wir wollen dazu beitragen, dass Belegschaften demokratisch gestärkt werden und mehr Einfluss auf den Umbau bekommen, einen sozialen Schutzschirm für die Beschäftigten aufbauen und durch Investitionen in gesellschaftlich nützliche Sektoren neue, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Auch in anderen Bereichen stehen wir vor enormen Herausforderungen.

Ä 2

Ergänzung einfügen Zeile 32, nach „unbezahlbarer werden.“

Antragssteller: Thomas Goes (KV Göttingen), Sabine Lösing (KV Göttingen)

Die Landespolitik hat es versäumt eine ökologisch dringend notwendige und sozial gerechte Wende in der Verkehrspolitik auf den Weg zu bringen. Wer Alternativen zum klimaschädlichen Autoverkehr schaffen will, muss massiv in den Ausbau des öffentlichen Verkehrssektors investieren. Wir brauchen mehr und bessere Bus- und Bahnanbindungen in den ländlichen Räumen, generell eine Stärkung öffentlicher Verkehrsbetriebe und schleunigst landespolitische Modellprojekte für den sog. „Nulltarif“. Dafür werden wir uns in den nächsten zwei Jahren einsetzen. Wir wissen: Möglich ist das nur, wenn mehr Personal in den Verkehrsbetrieben eingestellt, die Arbeitsbedingungen verbessert und die Löhne erhöht werden.

Ä 3

Zeile 34 bis 37: Streichen von „bisher profitieren ... bis... großes Aufgabenfeld“

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Thomas Goes (KV Göttingen), Alexander Jüschke (KV Harburg-Land), Yannik Pein (KV Göttingen, Kommunistische Plattform), Paul Wellsow (KV Lüneburg)

Ersetzen durch:

Wir glauben: In Niedersachsen gibt es Mehrheiten für eine soziale, ökologische, demokratische und friedensorientierte Politik. Die neue Landesregierung wird diese Reformpolitik nicht auf den Weg bringen. Aber der Wahlsieg von SPD und Grünen beruht auf einer Reihe von Reformversprechen, die auf dringende Probleme im Land antworten. Uns ist es nicht gelungen die Menschen im Land davon zu überzeugen, dass wir eine unverzichtbare Kraft sind, ohne die es keine fortschrittliche Landespolitik geben wird. Daran werden wir in den nächsten zwei Jahren arbeiten. Wir stehen dabei vor mehreren Herausforderungen. Drei wichtige sind: Wir müssen erstens eine Antwort auf die Wahlenthaltung insbesondere einkommensarmer Schichten geben. Zweitens müssen wir auf das Erstarken der extremen Rechten Antworten finden, die es uns erlauben gleichzeitig eine antifaschistische Bündnispolitik zu entwickeln, die die demokratischen Kräfte in der Gesellschaft stärkt, als auch um den Teil der AfD-Wählerschaft zu kämpfen, der tatsächlich nur aus Protest rechts wählt. Drittens müssen wir Menschen, deren Herz für linke Politik schlägt, aber SPD und Grüne gewählt haben, ein überzeugendes politisches Angebot machen.

Ä 4

Zeile 128, ergänzen hinter „Bündnis leben müssen.“:

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Wolfgang Cornelius, (KV Lüchow-Dannenberg); Thomas Goes (KV Göttingen)

Dazu gehört auch, eigene Kampagnen zu führen, mit deren Hilfe wir für wichtige landespolitische Themen Öffentlichkeit schaffen, politischen Druck erzeugen, Gesichter der Partei bekannter machen und neue Anhänger:innen für uns begeistern können. Die erfolgreiche Pflegekampagne hat gezeigt, wie das geht. Kampagnenarbeit ist ein Teamplay zwischen Kreisverbänden und Landesvorstand und ein wichtiger Beitrag dazu, dass die Partei von unten wachsen, sich landespolitisch besser verankern und auch in Bündnissen neue Kooperationspartner gewinnen kann.

Ä 5

Zeile 175 Ergänzung neuer Punkt einfügen:

Antragssteller: KW Depker (KV Northeim), Thomas Goes (KV Göttingen), Marianne König (KV Northeim), Michael Ohse (KV Goslar), Yannik Pein (KV Göttingen, Kommunistische Plattform), Peggy Plettner-Voigt (KV Goslar), Bärbel Swinfen (KV Northeim).

Nicht-Wähler:innenstrategie: Je einkommensärmer die Menschen und je weiter unten sie sich in der Klassengesellschaft befinden, desto seltener gehen sie wählen. Das sind aber Teile der Angestellten- und Arbeiter:innenschaft, die wir als LINKE eigentlich erreichen, mit und für die wir Politik machen möchten. Um wieder Wahlen zu gewinnen, wollen wir deshalb eine eigene Nicht-Wähler:innenstrategie entwickeln. Das wird um so besser gehen, je mehr Mitglieder sich an der Klärung wichtiger Fragen beteiligen. Einige sind: Welche Bevölkerungsgruppen genau gehen nicht mehr wählen? Welche Eindrücke gibt es darüber aus der Arbeit in den Kreisverbänden? Welche Erfahrungen gibt es bei anderen Parteien und in anderen Ländern? Welche Arbeitsweisen und Methoden können wir gezielt nutzen? Der Landesvorstand hat die Aufgabe, in den nächsten zwei Jahren erste Bausteine einer niedersächsischen Nicht-Wähler:innenstrategie zu erarbeiten.

Ä 6

Ab Zeile 138, neuer Absatz, ergänzen neuer Punkt

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Marianne Esders (KV Lüneburg); Thomas Goes (KV Göttingen), Lisa Zumbrock (KV Göttingen)

Ein LINKER Green New Deal für Niedersachsen

Die aktuelle Situation, in der sich unterschiedliche Krisen überlagern, verlangt nach wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Antworten, die diese Herausforderungen aufgreifen und in den jeweiligen regionalen Strukturen verankern. Neben sozialen Themen wie Gesundheit und Bildung, spielt auch der sozial-ökologische Umbau der Mobilitäts- und Transportinfrastruktur, der produzierenden und verarbeitenden Industrien, der Landwirtschaft und der Energiewirtschaft eine entscheidende Rolle. Für unsere landespolitische Profilbildung in Niedersachsen müssen wir uns daher mit den dringenden nötigen Veränderungen in den für Niedersachsen relevanten Bereichen wie dem Fahrzeug- und Maschinenbau, der Metallindustrie, der chemischen Industrie, der Nahrungs- und Futtermittelindustrie und der Energieerzeugung befassen und die Rahmenbedingungen sowohl an strengen ökologischen Zielsetzungen ausrichten als auch sozial und demokratisch gestalten. Der ökologische Umbau kann sozial und demokratisch gestaltet, oder an den Kapitalinteressen angepasst werden. Welche Richtung sich durchsetzt und ob wir gesetzte Klimaziele erreichen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob Gewerkschaften und Belegschaften, Klimabewegungen aber auch DIE LINKE dazu in der Lage sind Alternativen gemeinsam auszuarbeiten, Bündnisse aufzubauen und Druck für eine sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung zu machen. Der Landesvorstand wird deshalb in den nächsten beiden Jahren an einem eigenen ökosozialistischen Reformkonzept, an einem linken

Green New Deal für Niedersachsen arbeiten. Dafür sucht er die enge Zusammenarbeit und Diskussion mit Betriebsräten, Gewerkschaften und Aktiven der Klimabewegung und weiteren Initiativen.

Ä 7

Antragssteller*innen: LSPR Linksjugend [´solid] Niedersachsen
Änderungsantrag zu den Leitlinien 2023/24 für den 9. Landesparteitag:

Ab Zeile 175, neuer Absatz, ergänzen neuer Punkt

Interne Strukturen stärken

Der Landesvorstand erstellt binnen eines Jahres ein Awarenesskonzept für Parteiveranstaltungen, insbesondere die Landesparteitage. Dieses Konzept wird unter Einbeziehung (relevanter) parteiinterner Gruppen, z.B. dem LLF, der 'Vertrauensgruppe', der 'AG Umgang mit Diskriminierung' und der Feministischen Kommission ausgearbeitet und anschließend auf dem Landesparteitag vorgestellt und abgestimmt. Das Awarenesskonzept wird danach laufend evaluiert und verbessert, über diesen Vorgang wird weiter berichtet.